

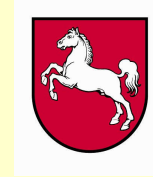
**Niedersächsisches
Kultusministerium**

Inklusion in der beruflichen Bildung

Aktueller Stand der Umsetzung

Februar 2014

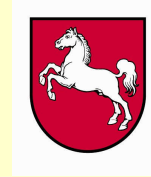
Inhalt



Niedersächsisches
Kultusministerium

Inklusion in der beruflichen Bildung
Rechtliche Grundlagen

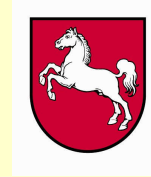
Inklusion in der beruflichen Bildung
Erste Ansätze



**Niedersächsisches
Kultusministerium**

Inklusion in der beruflichen Bildung

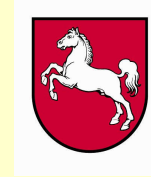
Rechtliche Grundlagen



Art. 24 Bildung

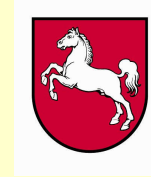
5) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben.

Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten sicher, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden.



Politischer Prozess

13. Dezember 2006: Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.
30. März 2007: In New York von Deutschland unterzeichnet.
21. Dezember 2008: In Deutschland als Gesetz beschlossen.
18. November 2010: Positionspapier der Kultusministerkonferenz (KMK)
20. Oktober 2011: Empfehlung der KMK: „Inklusive Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in Schulen“
25. November 2011: Empfehlung zur inklusiven Bildung in beruflichen Schulen des Unterausschusses für Berufliche Bildung
23. März 2012: „Gesetz zur Einführung der inklusiven Schule“
(Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes)

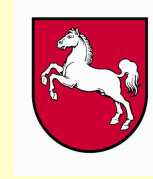


„Empfehlung zur inklusiven Bildung von Jugendlichen mit Behinderungen in beruflichen Schulen.“

*(Beschluss des Unterausschusses der KMK für
berufliche Bildung vom 25.11.2011)*

Empfehlungen sind u. a.:

- Grundsätzlicher Förderort ist die allgemeine, für den jeweiligen Beruf oder Bildungsgang zuständige BBS
 - Fördersysteme sind zu verknüpfen
 - Einrichtung von Bildungs- und Berufswegekonzferenzen
 - Vergabe von Abschlüssen nach einheitlichen Kriterien
(Gleichbehandlungsgebot)
 - Einbindung der Lehreraus- und -fortbildung
 - Angemessene personelle, sächliche u. räumliche Ausstattung ist vorzuhalten
-

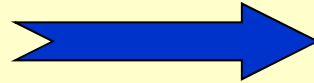


NSchG

**Niedersächsisches
Schulgesetz**



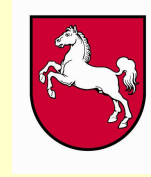
§ 4 NSchG
Integration
- alt -



§ 4 NSchG
Inklusive Schule
Gesetz vom 23. März 2012

Schülerinnen und Schüler, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen (§ 14 Abs. 1 Satz 1), sollen an allen Schulen gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern erzogen und unterrichtet werden, wenn auf diese Weise dem individuellen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler entsprochen werden kann und **soweit es die organisatorischen, personellen und sächlichen Gegebenheiten erlauben.**

Die öffentlichen Schulen ermöglichen allen Schülerinnen und Schülern einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang und sind damit inklusive Schulen. Welche Schulform die Schülerinnen und Schüler besuchen, entscheiden die Erziehungsberechtigten (§ 59 Abs 1 Satz 1).

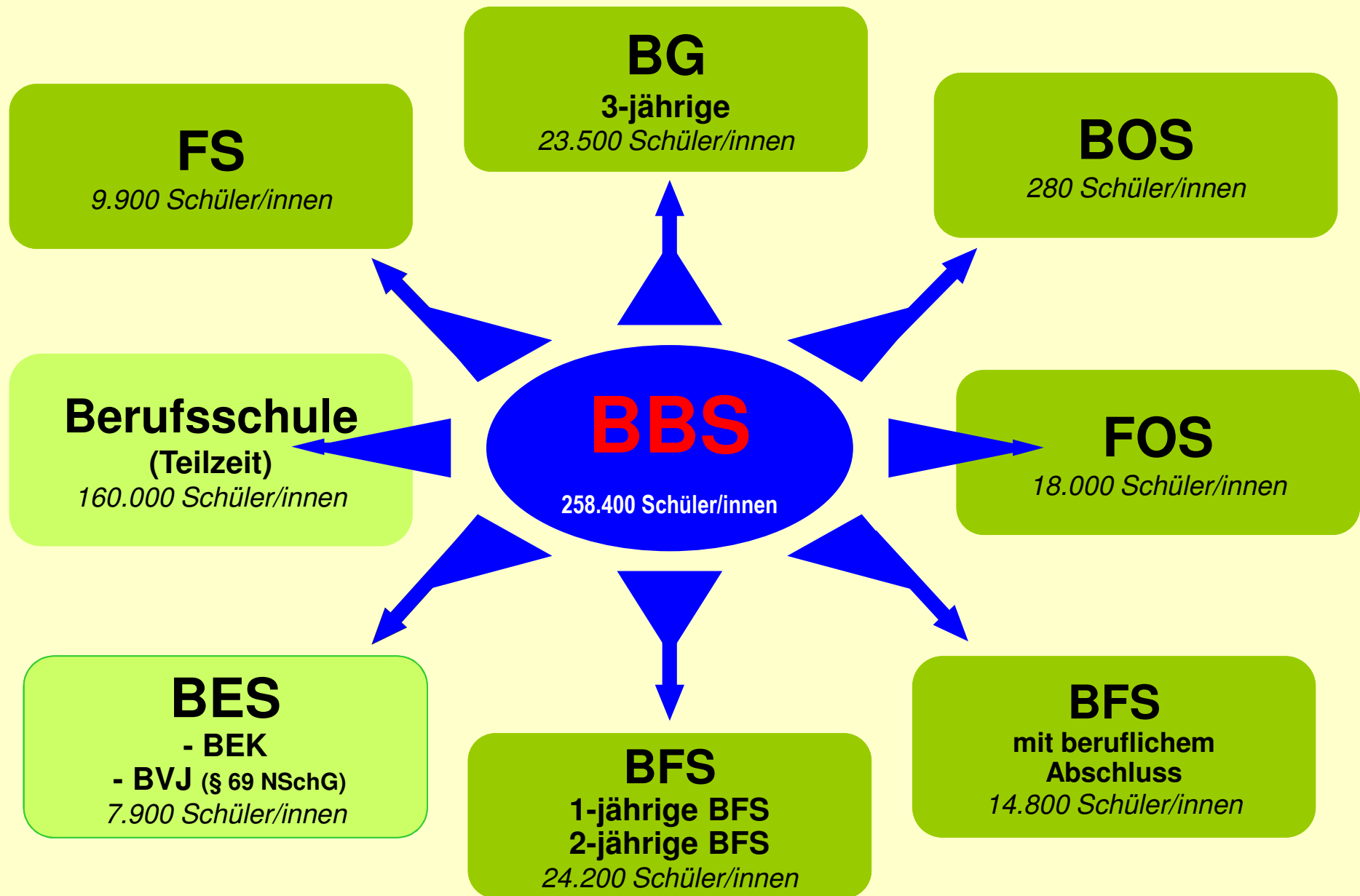


§ 59 Abs. 1 Satz 1 NSchG

Die Erziehungsberechtigten haben im Rahmen der Regelungen des Bildungsweges die Wahl zwischen den Schulformen und Bildungsgängen, die zur Verfügung stehen.

Die Berufsbildenden Schulen (BBS)

(Schuljahr 2012/2013, öffentliche)



Schulpflichterfüllung im Rahmen einzelfallbezogener Förderpläne

entsprechend des NSchG vom 3.März 1998, zuletzt geändert am 19. Juni 2013

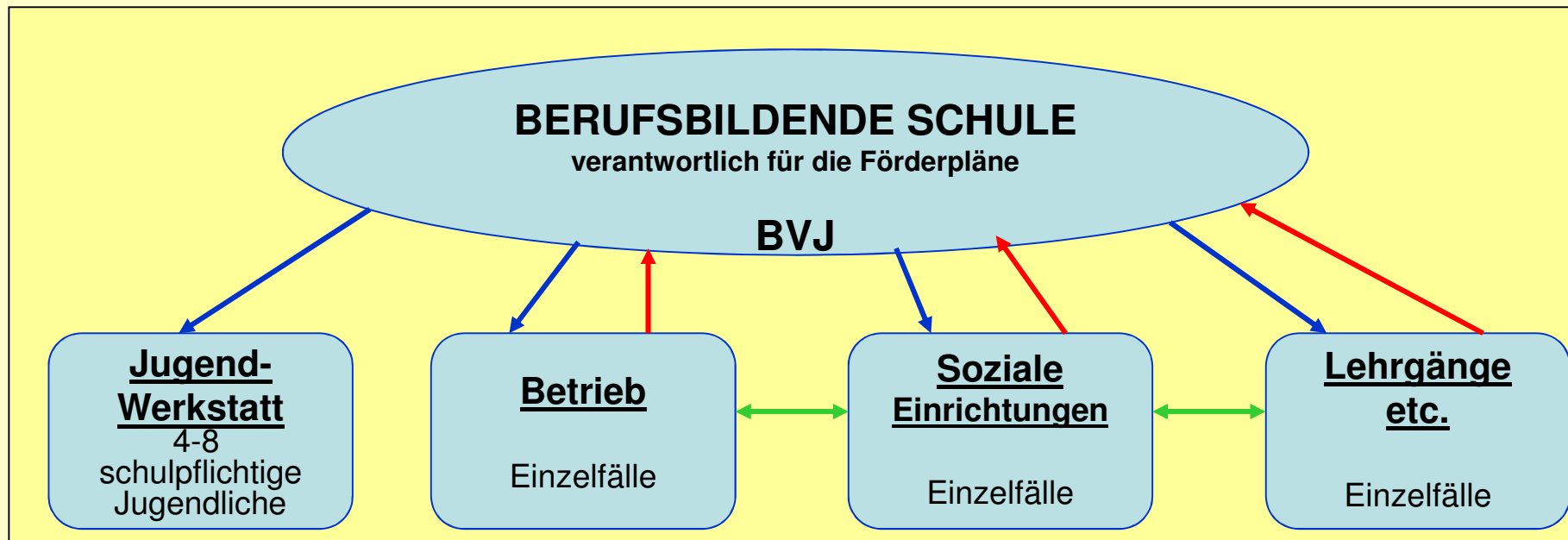
§69

Schulpflicht in besonderen Fällen

(4) ¹Schulpflichtige Jugendliche im Sekundarbereich II, die nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen und in besonderem Maße auf sozialpädagogische Hilfe angewiesen sind, können ihre Schulpflicht durch den Besuch einer Jugendwerkstatt erfüllen, die auf eine Berufsausbildung oder eine berufliche Tätigkeit vorbereitet.

²In besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Berufseinstiegsschule (§ 17 Abs. 3) auch die Erfüllung der Schulpflicht durch den Besuch einer anderen Einrichtung mit der in Satz 1 genannten Aufgabenstellung gestatten.

³Die Erfüllung der Schulpflicht erfolgt auf der Grundlage eines einzelfallbezogenen Förderplans, der von der Einrichtung nach Satz 1 oder 2 und der Berufseinstiegsschule (§17 Abs. 3) gemeinsam aufzustellen ist.



Schulpflicht

Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG)

zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Juni 2013

Dauer der Schulpflicht
grundsätzlich 12 Jahre,
davon mindestens 9 Jahre an allgemein bildenden Schulen

Berufsschulpflicht

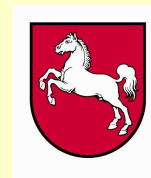
Jugendliche, die nicht in einem Berufsausbildungsverhältnis stehen, haben ihre Schulpflicht durch den Besuch einer berufsbildenden Schule mit Vollzeitunterricht zu erfüllen.

Vorzeitiges Ende

Die Schulpflicht endet für Schulpflichtige, die mindestens ein Jahr lang eine berufsbildende Schule mit Vollzeitunterricht, eine Werkstatt für behinderte Menschen, eine Jugendwerkstatt oder eine andere Einrichtung nach § 69 Abs. 4 besucht haben.

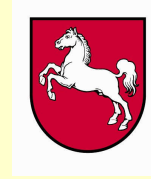
Alternative Schulpflichterfüllung

Schulpflichterfüllung nach § 69 Abs. 4



Zeitplan

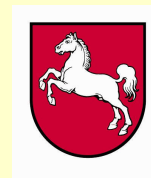
- § 4 ist ab Schuljahrgang 2013/14 für die Klassen 1 und 5 verpflichtend.
- Schülerinnen und Schüler dieser Jahrgänge befinden sich 2017/18 in Klasse 9.
- § 4 spätestens ab Schuljahrgang 2018/19 auch für die berufsbildenden Schulen verpflichtend.



**Niedersächsisches
Kultusministerium**

Inklusion in der beruflichen Bildung

Erste Ansätze

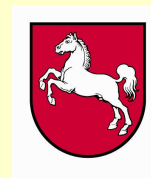


Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an öffentlichen Berufsbildenden Schulen im Schuljahr 2011/2012:

Werkstatt für behinderte Menschen	2.369 Schüler/innen
Berufsbildungswerke	74 Schüler/innen

Zusätzlich:

Ausbildungsberufe für behinderte Menschen (§66 BBiG)	2.447 Schüler/innen
Berufsvorbereitungsjahr	3.999 Schüler/innen
<u>Insgesamt:</u>	<u>8.889 Schüler/innen</u>

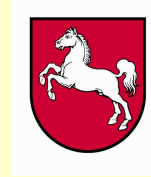


Absolventinnen und Absolventen von Förderschulen am Ende des Schuljahrganges 2010/2011:

FöS Lernen	2.762 Schüler/innen
FöS emotionale + soz. Entwicklung	387 Schüler/innen
FöS geistige Entwicklung	587 Schüler/innen
FöS körperl + motorische Entwicklung	127 Schüler/innen
FöS Sprache	60 Schüler/innen
FöS Hören	117 Schüler/innen <i>davon 30 gehörlose Sch.</i>
FöS Sehen	7 Schüler/innen <i>davon 3 blinde Sch.</i>
Insgesamt	4.047 Schüler/innen

Anmerkung:

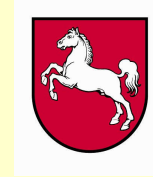
Schülerinnen und Schüler, die mit Hilfe von mobilen Diensten in anderen Schulformen unterrichtet werden, sind hier nicht erfasst.



**Niedersächsisches
Kultusministerium**

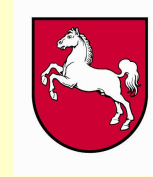
Inklusion in der beruflichen Bildung

Was ist zu tun?



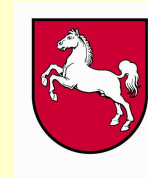
Zwei Aufgabenfelder sind zu bearbeiten:

- **Körper- und sinnesbeeinträchtigte junge Menschen**
haben in der Regel Schulabschlüsse
bisher Landesbildungszentren oder Blindenstudienanstalt Marburg
künftig das Recht eine z.B. BFS „am Ort“ zu besuchen
 - **Junge Menschen mit einer geistigen Behinderung**
BBS vor Ort muss Angebote vorhalten
Zielgruppe relativ klein- jährlich ca. 580 Absol.- davon vielleicht 50%
individuelle Konzepte - erstellt durch Berufswegekonferenz
-



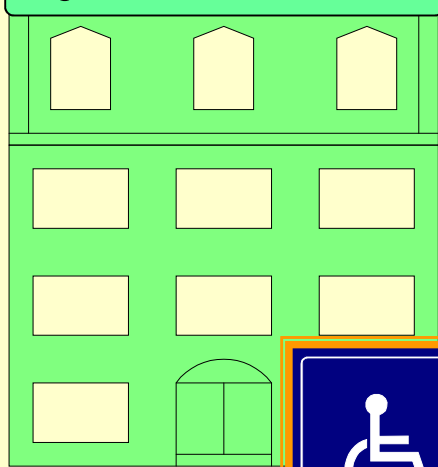
-
- ❖ Errichtung von Bildungs- und Berufswegekonzferenzen
 - ❖ Aufgabe: Individuelle Qualifizierungsstrategien konzipieren für den Übergang Schule — Beruf
 - ❖ Zusammensetzung:
 - BBS Lehrkräfte
 - ABS Lehrkräfte
 - Förderschullehrkräfte
 - Kammern bzw. Arbeitgeber
 - Arbeitsverwaltung
 - Kommunen / Sozialamt
 - Eltern
-

Aufgaben der Berufswegekonferenz Modell Lüneburg



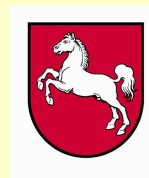
Niedersächsisches
Kultusministerium

Allgemein Bildende Schulen

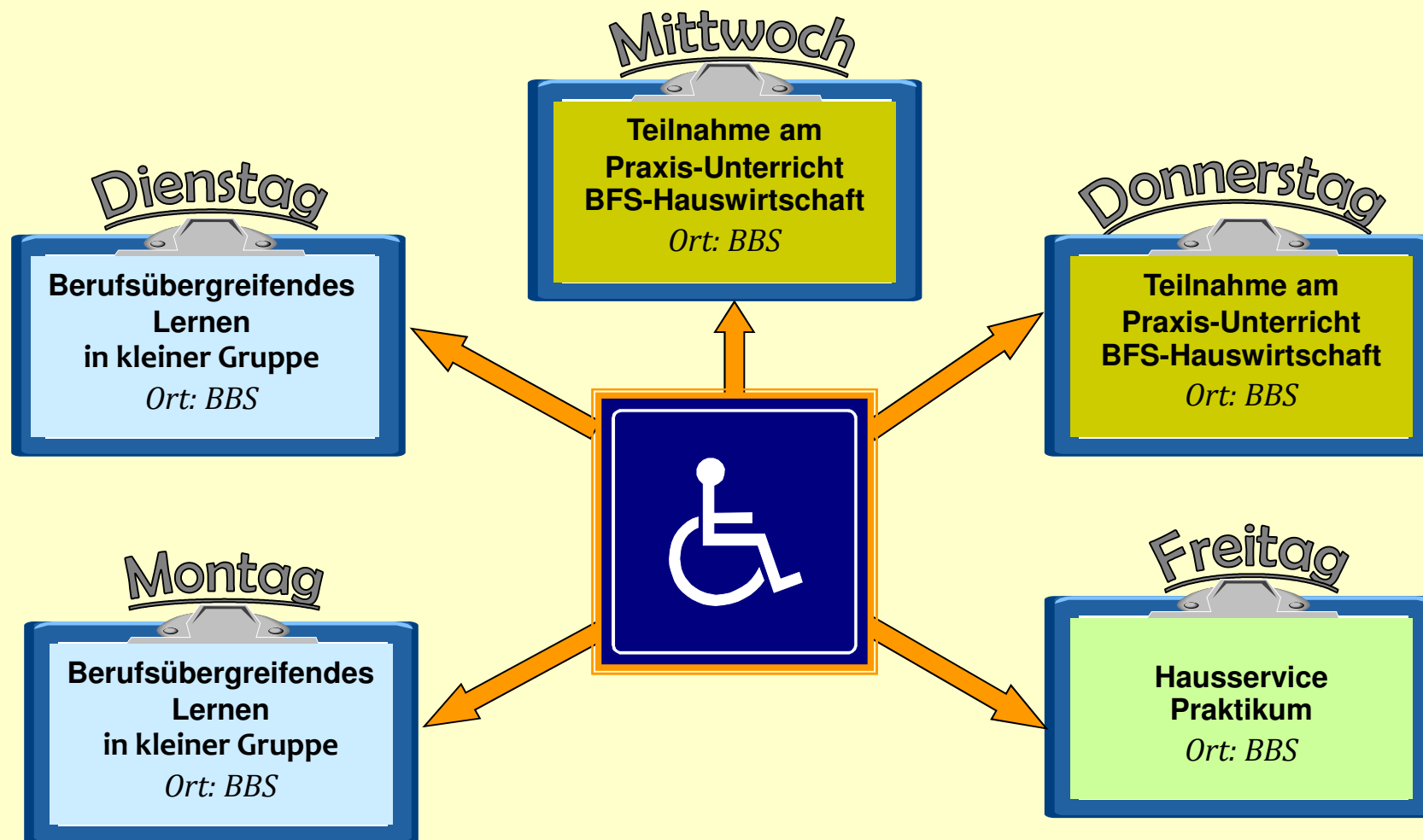


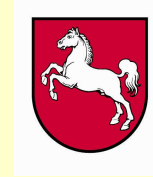
1. Beratung beginnt bereits während der Berufsorientierung
2. Erstellung von Lernarrangements für Übergang Schule — Beruf
3. Begleitung während des Überganges
4. Begleitung in der Berufseinstiegsphase

Einzelfallbezogene Förderung §69 NSchG



Niedersächsisches
Kultusministerium

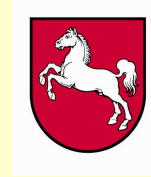




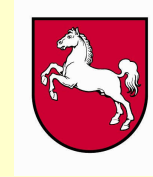
Ressourcen

Für Jugendliche mit einer
geistigen Behinderung

- Fünf zusätzliche Lehrerstunden (Förderschullehrkraft) pro Schüler/in sog. Rucksackstunden
 - Ein Integrationshelfer/-helferin pro Schüler/in
 - Pädagogische Mitarbeiter (Je nach Bedarf ?)
-

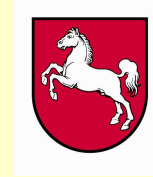


- Qualifizierung im Rahmen einzelfallbezogener Förderung nach § 69.4 NSchG
 - Einrichtung von BVJ's, die ein zielgerichtetes Förderprofil aufweisen (*Beispiel: Bad Harzburg*)
 - Aufnahme in reguläre Klassen (z. B. BFS – Ernährung)
-



Strategie

- Klärung der Ressourcen -Frage!!
 - Lehrerfortbildung, Integrationshelfer, zusätzliche Förderlehrkräfte, Baumaßnahmen, etc.
 - Lehrerausbildung - aktuell 188 Lehrkräfte Zweifach Sonderpädagogik,
- Welche Bildungsangebote kann/muss BBS anbieten?
 - Reichen die vorhandenen Angebote oder müssen neue Konzepte erstellt werden?
- Erfahrungen durch Innovationsvorhaben.
 - BBS Goslar, BBS Bad Harzburg, Modellregion Lüneburg



Strategie

- **Bildung und Moderation von Netzwerken**
Modellregion Lüneburg
Erprobung an drei Standorten, Laufzeit 2013 bis 2015:
- **Handbuch: „Handlungsoptionen für die Inklusive BBS“**
Eigenständige Kommission vom 01.02.2013 bis zum 31.01.2015
- **Implementierung und Erprobung der Handlungsoptionen**
Qualifizierungsoffensive mindestens 2 Lehrkräfte je BBS, davon eine Person aus der Schulleitung.
140 BBS'n = mindestens 280 Personen sind fortzubilden.

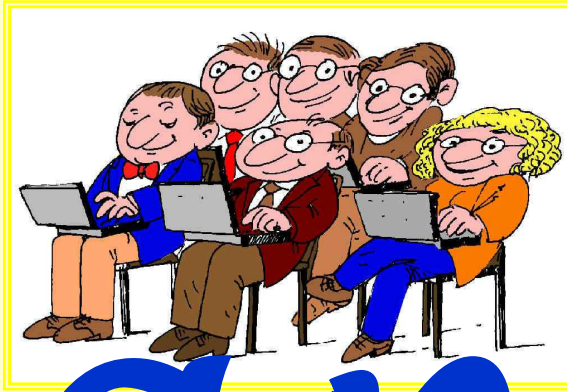
BS

T-BFS

BES

BEK

2j-BFS



Danke

für Ihr Interesse